



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.
im Rat der Stadt Köln**

An den
Vorsitzenden des
Rates

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

AN/1030/2008

Antrag gem. § 3 der Geschäftsordnung des Rates

Gremium	Datum der Sitzung
Rat	29.05.2008

Inbetriebnahme der Brunnen im Stadtgebiet

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, den folgenden Antrag in die Tagesordnung der nächsten Ratssitzung aufzunehmen:

Der Rat beauftragt die Verwaltung, die Brunnen im Stadtgebiet möglichst zeitnah, spätestens aber bis zum 1. Juli 2008 wieder in Betrieb zu nehmen. Die dafür entstehenden Kosten sollen durch Einsparungen bei der Haushaltsstelle 1.656.0001.6, Druckerzeugnisse Sitzungsdienst, insbesondere durch die Vermeidung von Mehrfach-Zustellungen und die verstärkte Ausgabe von Sitzungsunterlagen in digitalisierter Form gedeckt werden, sowie – falls diese Einsparungen nicht ausreichen sollten – durch Kürzungen beim Repräsentationsetats des Oberbürgermeisters.

Begründung:

Im Rahmen der Erstellung des Bürgerhaushalts haben sich viele Kölner für die Wiederaufnahme des Betriebs der Kölner Brunnen ausgesprochen – und sind von der Stadtspitze enttäuscht worden. Ihnen wurde mitgeteilt, daß dafür kein Geld vorhanden sei. Im Sommer erhöhen sprudelnde Brunnen die Lebensqualität der Kölner spürbar. Sie sind zudem eine Attraktion für Touristen, die unsere Stadt besuchen.

Der Sitzungsdienst druckt prinzipiell alle Verwaltungsvorlagen nebst Anlagen auf Papier aus. Viele Vorlagen werden den Fraktionen auf Bezirks- und Ratsebene sowie den Mandatsträgern mehrfach zugestellt. Dafür sind im Jahr 2007 Kosten in Höhe von 431.400,00 Euro entstanden.

Ein Teil dieses jährlichen Geldbetrages würde ausreichen, um alle Kölner Brunnen wieder in Betrieb zu nehmen. Teile des Etats des Sitzungsdienstes für Druckerzeugnisse könnten durch die Vermeidung von Mehrfach-Zustellungen sowie insbesondere durch die Verbreitung der Sitzungsunterlagen in digitalisierter Form eingespart werden.

Der Oberbürgermeister benötigt zudem in den kommenden 12 Monaten keinen allzu großen Repräsentationsetat mehr, da die Kommunalwahl 2009 vor der Tür steht und der Oberbürgermeister einen Teil seiner Zeit in den OB-Wahlkampf investieren muß. Der Wahlkampf hat bekanntlich mit der Amtsausübung des Oberbürgermeisters nichts zu tun, so daß sich bei dessen Repräsentationsetat Einsparungsmöglichkeiten ergeben.

gez. Rouhs